KPV KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG DER CDU RHEINLAND-PFALZ

Kommunalpolitischer Infobrief 01.2019

Liebe KPV-Freunde,
Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommunalwahl rückt zunehmend näher und in vier Wochen beginnt bereits die heiße Phase der Kommunalwahlkampfes. Gerade durch die guten wirtschaftlichen Zeiten konnte vielerorts einiges erreicht werden. Dies ist aber nicht der Verdienst der Landesregierung, sondern größtenteils unserer kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Es gilt jetzt weiter, die vielen Sorgen und Problemen der Bürger anzupacken.

Während der Bund in den vergangenen Jahren seine Mittel für die Kommunen in Deutschland deutlich erhöht hat, saniert sich die von Ministerpräsidentin Dreyer geführte Ampel-Regierung ihren eigenen Landeshaushalt auf dem Rücken der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände. Mittlerweile kommen 7 der 10 Kommunen mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung aus Rheinland-Pfalz. Auf den Plätzen 11 bis 20 folgen vier weitere. Sieht so eine faire Finanzausstattung aus? Die von der Ministerpräsidentin, dem Innenminister und der Finanzministerin immer wieder ins Feld geführten Zuwächse resultieren nicht aus der Anstrengung des Landes, sondern sind vielmehr gesetzlich festgeschriebene Anteile aus den Steuereinnahmen von Bund und Land.

Wenn eine Landesregierung so handelt, brauchen wir ein starkes kommunales Gegengewicht, welches vor Ort immer wieder den Finger in die Wunde legt und den Bürgerinnen und Bürgern das kommunalfeindliche Handeln aufzeigt. Schließlich sind Sie vor Ort die Leidtragenden, wenn aufgrund fehlender Gelder Schwimmbäder schließen müssen oder Schulen nicht saniert werden können.

Wir als KPV werden uns zusammen mit Ihnen auch weiterhin auf Landesebene und in den Bundesfachausschüssen innerhalb der Bundes-KPV für die Interessen der rheinland-pfälzischen Kommunen einsetzen. Denn gemeinsam sind wir stärker! Aus diesem Grund gilt es, bis zum 26. Mai 2019 noch einmal alle Kräfte zu mobilisieren, um die Bürgerinnen und Bürger von unserem Konzept für die Zukunft und unserer Vision von gesunden und lebenswerten Städten, Kreisen und Gemeinden in Rheinland-Pfalz zu überzeugen.

Gemeinsam. Heimat. Gestalten.

Ihr

Gordon Schnieder MdL

Aktuelle Finanzsituation der Kommunen weiterhin besorgniserregend

Trotz erfreulicher Steuereinnahmen zeigt der aktuelle Bericht des Statistischen Landesamtes, dass sich vor allem die Finanzssituation der Ortsgemeinden mit negativem Finanzsaldo weiter verschlechtert hat. So hat sich der Anteil um 40 Prozent von 678 auf 886 Ortsgemeinden erhöht.

Erfreulicherweise weist der gesamte kommunale Finanzierungssaldo im Jahr 2018 der Landkreise, kreisfreien Städte, Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden rund 444,1 Mio. Euro und damit ca. 13 Mio. Euro mehr aus als im Vorjahr auf. Zugleich zeigt sich in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Gordon Schnieder, dass der Verlust im Landkreisbereich durch die Umverteilung in Höhe von 70 Mio. Euro zugunsten der kreisfreien Städte nun auch in der Realität so eingetreten ist. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich durch ein Ansteigen der Zinsen die kommunale Finanzsituation innerhalb von wenigen Jahren dramatisch verschlechtert.

Dieses Risko wird auch der wenig sinnvolle Zinssicherungsschirm der Landesregierung, welcher zu drei Viertel aus kommunalem Geld besteht, nichts ändern. Wieder einmal sollen sich unsere rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf ziehen. Während nun viele anderen Bundesländer ein effektives Entschuldungsprogramm für ihre Städte, Kreise und Gemeinden aufgelegt oder angekündigt haben, zeigt die Regierung von Malu Dreyer weiterhin mit dem Finger auf den Bund, wohlwissend, dass die prekäre Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kommunen von der Landesregierung verursacht ist.

So betragen die kommunalen Liquiditätskredite in Rheinland-Pfalz über 1.800 Euro je Einwohner und sind damit dreimal so hoch wie der Bundesschnitt. Im Gegensatz dazu beträgt die kommunale Liquiditätsverschuldung in Baden-Württemberg gerade einmal 19 Euro je Einwohner.

Terminankündigungen:

- **Kommunalkongress der CDU & KPV:**
  ⇨ **16. April 2019, 15.00 bis 17.00 Uhr im WBZ in Ingelheim**

- **Landestag der KPV Rheinland-Pfalz mit Neuwahlen**
  ⇨ **31. August 2019, 10.00 Uhr in der Wißberghalle in Sprendlingen**

Gemeinsam. Heimat. Gestalten.

Am 26. Mai 2019 haben die Bürgerinnen und Bürger in mehr als 2.400 Städten, Kreisen und Gemeinden in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, mit ihrer Wahl unmittelbaren Einfluss auf die Politik in ihrem persönlichen Lebensumfeld zu nehmen. Keine Wahl ist näher an dem persönlichen Alltag als die Kommunalwahl. Aus diesem Grund gilt für die CDU Rheinland-Pfalz und die KPV ganz klar: Gemeinsam. Heimat. Gestalten.

Denn für uns erwächst die Stärke unserer Gesellschaft aus der Stärke der Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger. Obwohl die Wege eines jeden Einzelnen unterschiedlich sind, verfolgen sie doch ein gemeinsames Ziel: Unsere Heimat in eine bessere Zukunft zu führen. Diese gemeinsame Zukunft braucht jeden: Sowohl den Starken als auch den Schwachen.

Heimat steht für das gemeinsame Ziel, die eigene Region, mit der wir uns identifizieren und verbunden fühlen, in eine gute und moderne Zukunft zu führen. Schließlich ist Heimat Gefühlssache. Gerade Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland mit einer breiten Vielfalt von herzlichen Menschen und beeindruckenden Kulturen. So vielfältig die Regionen, so vielfältig sind auch die Themen: Wir als CDU wollen aktiv die Politik vor Ort mitgestalten. Unser Kommunalwahlprogramm betrachtet deshalb ein breites Spektrum an relevanten Themen, die auf die jeweiligen Situationen und Probleme vor Ort heruntergebrochen werden können.

Mit seinen kleinteiligen Strukturen bietet Rheinland-Pfalz den Bürgerinnen und Bürger eine besondere Nähe. Zugleich müssen wir stärker um die wohnortnahe Versorgung kämpfen. Dies bezieht sich nicht nur auf die ärztliche und pflegerische Versorgung, sondern auch auf die Wohnsituation und die Anliegen des alltäglichen Lebens. Das Ehrenamt nimmt hierbei eine große Rolle ein. Gerade auch im Bereich „Sicherheit und Ordnung“ leisten die freiwilligen Feuerwehren, das technische Hilfswerk und die Hilfs- und Rettungsdienste elementare Arbeit. Für uns gilt es, diese ehrenamtliche Arbeit auch in Zukunft gebührend zu würdigen und uns für eine gute Ausstattung einzusetzen.

Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie leidet in Rheinland-Pfalz trotz hervorragender konjunktureller Lage in erster Linie durch die mangelhafte Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände. Trotz erheblicher Steuermehreinnahmen können immer noch etwa ein Drittel der Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen. Zugleich führen die rd. 7 Milliarden Euro an Liquiditätskrediten dazu, dass viele Investitionen nicht angegangen werden können und sich die bauliche Substanz kommunaler Gebäude und Straßen immer stärker verschlechtert. Kommunale Selbstverwaltung existiert in vielen Bereichen nur noch auf dem Papier.

Um den Bürgerinnen und Bürgern für ihren Einsatz etwas zurückgeben zu können, setzen wir uns für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein. Hier soll der Anliegeranteil in Zukunft vom Land getragen werden, das erhebliche Haushaltsüberschüsse zu verzeichnen hat. Hiermit werden nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Räte, Verwaltungen und Gerichte entlastet.

Mit diesen und weiteren Themen wollen wir unsere Heimat gestalten. Denn hier sind wir Zuhause!

Info:

Das Kommunalwahlprogramm finden Sie unter www.kpv-rlp.de.

Manfred Seefeldt erhält Goldene Ehrennadel der KPV Rheinland-Pfalz

Im Namen der KPV Rheinland-Pfalz durfte der Landesvorsitzende, Gordon Schnieder MdL, Manfred Seefeldt für sein kommunalpolitisches Lebenswerk mit der Goldenen Ehrennadel der KPV Rheinland-Pfalz auszeichnen. Manfred Seefeldt, ehemaliger Bürgermeister der Verbandsgemeinde Offenbach an der Queich und ehemaliger Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Städtebundes, war über 45 Jahre aktives Mitglied der KPV in Rheinland-Pfalz und im Bund.

Nach seinem Engagement als KPV-Vorsitzender im Kreis Südliche Weinstraße war Herr Seefeldt sechs Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender und fast zwanzig Jahre als Beisitzer im Bundesvorstand für die Belange der Kommunalen auch innerhalb der KPV aktiv. Auch nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik stand er dem Landesvorstand mit Rat und Tat zur Seite.

Welch besondere Ehrung damit verbunden ist, zeigt sich daran, dass die Goldene Ehrennadel zum aller ersten Mal durch den KPV Landesvorstand vergeben wurde. Neben Manfred Seefeldt besitzt nur der ehemalige Trierer Bundestagsabgeordnete Bernhard Kaster die höchste Auszeichnung der KPV. Er hatte sie durch den KPV Bundesvorstand verliehen bekommen.

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Bereits im Frühsommer des vergangenen Jahres hat die KPV Rheinland-Pfalz die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge diskutiert. Mit der Einbringung des Landeshaushaltes 2020/2021 hat sich ebenfalls die Landtagsfraktion für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen und dies auch haushaltärisch abgebildet. Der Haushaltsentwurf der Fraktion sah eine Bereitstellung von 75 Millionen Euro für den Wegfall der Anliegerbeiträge vor. Darüberhinaus hat die Fraktion – in Zusammenarbeit mit der KPV – ein Konzept vorgestellt, wie aus unserer Sicht die künftige Durchführung des kommunalen Straßenerhaltes aussehen könnte. Die Inhalte zum Konzept finden Sie unter www.cdurlp.de/strassenausbau.

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wäre ein mutiger Schritt nach vorne, der zugleich die Verwaltung vor Ort, die Gerichte und die Bürgerinnen und Bürger entlastet. Aus Sicht der KPV muss in dem Konzept zudem gewährleistet sein, dass die Abschaffung nicht zu Lasten der ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen gehen. Zwingend mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verbunden ist die Finanzierung der Anliegeranteile aus dem Landeshaushalt mit frischem Landesgeld. Eine Belastung des Kommunalen Finanzausgleich wird kategorisch abgelehnt!

Ein im Januar eingebrachter Gesetzesentwurf wich in zentralen Punkten erheblich von unserem Konzept ab und war zudem handwerklich schlecht aufbereitet. Die dort vorgenomme pauschale Zuweisung an die Kommunen über den KFA ist kein zielführendes Mittel, um die Finanzierung des kommunalen Straßenbaus sicherzustellen. Zur Information empfehlen wir den Redebeitrag unseres Vorsitzenden, Gordon Schnieder MdL, im Plenum. Zum Beitrag bitte auf das folgende Bild klicken.

Die CDU Landtagsfraktion hat vergangene Woche einen eigenen Gesetzesentwurf eingebracht, der alle unsere Forderungen enthält und Sicherheit für die Gemeinden und Gemeindeverbände schafft.

Für die Fraktion galt hier richtigerweise Gründlichkeit vor Schnelligkeit, um ein konstruktiven umd machbaren Vorschlag vorzulegen.

Ärztliche Versorgung auf dem Land

Die ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz ist zunehmend gefährdet und droht insgesamt zu einer Krise zu werden. Das Durchschnittsalter der niedergelassenen Ärzte landesweit bei 54 Jahren. Es müssen bis zum Jahr 2020 insgesamt 56,1 Prozent der Arztsitze altersbedingt nachbesetzt werden.

Von diesen Entwicklungen stärker betroffen sind die ländlichen Räume. Die Bürger erwarten – und das zu Recht – unabhängig von ihrem Wohnort gute medizinische und pflegerische Angebote und Leistungen. So haben wir in unserem Wahlkampfprogramm die Forderung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen und pfelgerischen Versorgung aufgenommen.

Bedauerlicherweise machen die derzeitigen Studienplatz-, Studienanfänger- und Absolventenzahlen in der Medizin keine Hoffnung auf eine Besserung der aktuellen Situation. Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion im Zuge der vergangenen Haushaltsberatungen zehn Prozent mehr Studienplätze für Allgemeinmedizin gefordert. Ergänzt mit der Einrichtung gezielter Studienprogramme und der Einführung einer Landarztquote zeigt die Fraktion, dass sie die Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger und Gemeinden ernst nimmt. Im Gegensatz dazu kommt das Land seiner Verantwortung nicht nach, sodass erste Kommunen eigeninitiativ, zum Beispiel mit Versorgungszentren, versuchen, die Versorgungslage der Menschen vor Ort zu verbessern.

Aktueller Stand: Kindertagesstättennovelle

Der bisher vorliegende Gesetzesentwurf zur Novelle des Kindertagesstätten-Gesetzes dient einmal mehr der Verringerung der finanziellen Risiken des Landes, die diese einmal mehr auf die Kommunen und die Träger von Kindertagesstätten abgewälzen möchte. Qualitätsverbesserungen werden in den allermeisten Fällen nicht erreicht. Stattdessen wir der Druck auf kleine Kindertagesstätten, vor allem im ländlichen Raum, erhöht und die Personalausstattung der Kindertagesstätten insegsamt sehr viel stärker auf Kante genäht. Aus diesem Grund sprechen sich auch alle beteiligten Interessenverbände derzeit gegen diese Änderungen aus.

Zwar wurden Verbesserungen seitens der Landesregierung zugesagt, aber es muss sichergestellt werden, dass die Kommunen nicht weiter finanziell belastet werden. Darüber hinaus muss die Qualitätsverbesserung im Sinne unserer Kinder durch einen Betreuungsschlüssel erreicht werden, der sich an pädagogisch notwendigen Größenordnungen orientiert und nicht an der Kassenlage.

Herausgeber:
Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1 a-d
55116 Mainz

V.i.S.d.P. Florian Birkmeyer, Landesgeschäftsführer

Telefon: 06131 - 28 47 13
Fax: 06131 - 55 44 799
E-Mail: kpv@cdu-rlp.de
Web: www.kpv-rlp.de